

Verantwortl. Redakteur: J. B. M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich.

Abgehen: die Postzeitung oder deren Ersatz am Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler, G. L. Danne, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Eberhard W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg: Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 5. November.

Präsident v. Loeckow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Böttcher, Herrfurth, Freiherr v. Marschall, königlich sächsischer General-Staatsanwalt Held u. A.

Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Beratung der Reichs-Verfassung über die von der preussischen, sächsischen, bayerischen und hamburgischen Regierung auf Grund des Sozialistengesetzes getroffenen Anordnungen.

Abg. Dr. Reichensperger (Zentrum), welcher auf der Journalisten-Tribüne sehr schwer zu verstehen ist, betont zunächst, daß die Bestimmungen der Sozialdemokratie nicht als ungesetzlich angesehen werden könnten, ist aber der Ansicht, daß der Bundesrath selbst lange Zeit hindurch auf dem Gebiete der Wirtschaft- und Sozial-Politik Tendenzen geäußert habe, die sich nicht weniger als staatsverfehlend beweisen ließen. Ganz erklärlich sei es, daß die Bevölkerung bei dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung bei ihren Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage vielfach mit dem Sozialistengesetz in Konflikt kommen müsse. Dasselbe sei auch gegen die Verlängerung eines Ausnahmengesetzes, welches gerade bei denjenigen, für welche es erlassen sei, gar keine Wirkung gehabt, sondern weit mehr diejenigen getroffen habe, deren Bestrebungen nicht auf eine Zerstörung der öffentlichen Ordnung hinausgingen. Wenn er auch zugeben müsse, daß die Vorlage einige Milderungen in Vorschlag bringe und wenn er auch annehmen müsse, daß die Vorlage eine Milderung bringe, so könne er es doch nicht für möglich halten, daß die Vorlage auf unbegrenzte Zeit erfolgen könne. Der Reichstag müsse sich das Recht vorbehalten zu prüfen, ob nach einer Reihe von Jahren die Gründe für die Aufrechterhaltung des Ausnahmengesetzes noch vorhanden seien, denn wenn das Gesetz dauernd bewilligt ist, dann wird der Reichstag die Zeit für Aufhebung desselben für gekommen, so werde er beim Bundesrathe diese Aufhebung nicht erreichen, denn der Bundesrath habe sich, wie bekannt, schon beschließen der Reichstages widerlegt, die aber überwiegende Majorität gestützt worden seien. Den Bestrebungen der Sozialdemokraten müsse man übrigens mit ganz anderen Mitteln entgegen treten, als mit Ausnahmengesetzen, man müsse namentlich die Halbjuden und den weit verbreiteten Unglauben bekämpfen. Redner beleuchtet alsdann die Bestrebungen der Sozialdemokratie und behauptet, daß die sozialpolitische Gesetzgebung diesen Bestrebungen hauptsächlich mit ihrer Entschiedenheit verstoße, er führt die unterdrückte Lage der Arbeiter auf die Macht des Kapitals zurück und meint, daß es sehr notwendig erscheine, ein drakonisches Gesetz gegen die Sozialistenfreiheit der Arbeitgeber zu erlassen. Gerade das Verhalten dieser macht es möglich, daß eine geschickte Agitation weite Kreise der Bevölkerung den Sozialdemokraten zuführe. Deshalb sei es notwendig, etwas ernstlicher darauf zu sehen, daß nicht eine Gesellschaftsumwälzung einträte, die zu nichts Gutem führen könne. Die Arbeitgeber sollten sich sagen: laßt uns besser werden, dann wird Alles besser. Die Industrie müsse die ihr auferlegten Kosten ebenso tragen, wie zu Anfang dieses Jahrhunderts unter der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung der Grundbesitzer habe thun müssen. Im Uebrigen theile er die Furcht vor den sozialdemokratischen Ausschreitungen nicht, denn er sei vollkommen davon durchdrungen, daß die sozialdemokratischen Führer viel zu klug seien, um es zu Extremen kommen zu lassen, die immer wieder zu neuen Ausnahmengesetzen führen würden.

Abg. v. Cuny (natl.): Der Vorredner, der ein so gewiegter Jurist ist, sollte doch, da er alle Stadien dieser Gesetzgebung mit durchgemacht hat, wissen, daß dieses Gesetz nicht gerichtet ist gegen die Bestrebungen der Arbeiter, gegen die Sozialdemokratie an sich, sondern daß, wie ich allen Arbeitern rufe, das Gesetz gerichtet ist gegen die Umfirkelbestrebungen in der Sozialdemokratie. Sind Sie überzeugt, daß die Aufhebung der Bestimmungen gegen die Presse, gegen die Vereine und Versammlungen nicht dieselben Zustände hervorrufen würden, wie wir sie vor dem Jahre 1878 gehabt haben? Wir haben diese Ueberzeugung nicht und deshalb halten wir den Erlaß weiterer Maßregeln für notwendig. Es wird nun hier ein dauerndes Gesetz von uns verlangt, es wird dadurch verlangt, daß wir die Kontrolle der Ausführung dieses Gesetzes, sowie auch die Möglichkeit der Prüfung der Frage, ob nach einigen Jahren noch die Ursachen für Aufrechterhaltung des Gesetzes vorhanden sind, aufgeben sollen. Das Gesetz, welches zu einem dauernden umgeschaffen werden soll, darf seinem Inhalte nach nicht identisch sein mit dem gegenwärtig bestehenden Gesetz, die Frage der Dauer soll also abhängig sein von der sachlichen Gestaltung des Gesetzes. Ein unwirksames Gesetz schaffen, würde ein großer politischer Fehler sein. Manche Bestimmungen der Vorlage sind nach der einen Seite hin unwirksam, während sie geeignet sind, nach der anderen Seite hin großen Schaden anzurichten. Die Frage, gegen welche Bestimmungen die Maßregeln gerichtet sein sollen, betrachte ich noch als eine offene, welche in der niederzulegenden Kommission genau zu beantworten sein wird. Ebenso wird die Frage, ob die Bestimmungen des § 28 (kleiner Belagerungszustand) zu einer dauernden zu machen sei, einer eingehenden Prüfung unterworfen werden müssen. Ich persönlich bin dagegen, weil dadurch eine außerordentliche Lage in die Hände der Regierung gelegt werden würde. Gegen die Aufnahme der Ausnahmebefugnis des bisherigen Gesetzes habe ich persönlich die schwersten Bedenken, denn die Ausgewiesenen werden in ihren neuesten Wohnorten die besten und gefährlichsten Agitatoren. Die Maßregeln gegen die Agitation in der Presse, Versammlungen und Vereine halte ich dagegen für unbedingt notwendig und würde in dieser Beziehung dauernden Bestimmungen zustimmen, denn wenn die Agitatoren auf diesen Gebieten einmal an's Nader kommen sollten, so würde nicht lange mehr von Press- und Versammlungsfreiheit die Rede sein. (Abg. Bebel: Versuchen Sie es doch einmal!) Mit einzelnen Bestimmungen nähert sich die Vorlage dem gemeinen Recht und wird es dadurch möglich sein, Gemeinwidrigkeiten entgegen zu treten. Den Bedenken, welche gegen die Verbote von Zeitungen und Vereinen erhoben sind, sucht die Vorlage zwar entgegen zu treten, indem sie die Bildung einer Spezialkommission vorschlägt, der die endgültige

Entscheidung übertragen werden soll. Diese Bestimmungen halten wir nicht für ausreichend und beantrage ich die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Beifall.)

Abg. Liebknecht (Soz.): Auf die Ausführungen des Vorredners gehe ich nicht ein, weil, wenn seine Anschauungen auch diametral entgegenstehen, er doch größtentheils zu denselben Konklusionen gekommen ist, zu denen ich kommen werde. Jeder von Ihnen, dem noch die ersten Reden über das Gesetz im Gedächtnis sind, der wird sich erinnern, daß wir Alles vorausgesetzt haben, wie es gekommen ist. Wir wissen, daß das Gesetz so lange dauern wird, wie das gegenwärtige System dauert, das haben wir damals ausgesprochen, das wissen wir heute. Die hier vorgeschlagenen Milderungen sind unbedeutend, alle bisherigen wesentlichen Bestimmungen sind beibehalten. Ob die oberste Behörde Verwaltungsgericht, Sozialkommission oder Reichsgericht heißt, ist vollkommen gleichgültig; es handelt sich hier um die Handhabung eines Ausnahmengesetzes und die Entscheidungen werden bleiben, wie sie bisher gewesen sind und es ist wirklich nicht werth, ein Wort darüber zu verlieren. Auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage einzugehen, wird der zweiten Lesung vorbehalten bleiben müssen, heute will ich nur auf die Genese des Sozialistengesetzes zurückkommen. Dasselbe ist hervorgerufen durch die Attentate, welche mit der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht werden mußten. Jedermann weiß, daß die Sozialdemokratie mit den Attentaten nichts zu thun hat; Jedermann weiß und es ist nachgewiesen, daß Hölzel ein Anhänger des Herrn Söder war, Jedermann weiß, daß Nobiling der national-liberalen Partei angehört. (Heiterkeit.) Es liegt also fest, daß das Sozialistengesetz unter falschen Vorbedingungen zu Stande gebracht worden ist. Jetzt erfahren wir auch aus dem „Hammer-Comité“, daß es sich damals um einen Defensiv-Schachzug des Reichskanzlers handelte, um Maßregeln gegen die National-Liberalen, die an die Wand gedrückt wurden, daß sie quitierten. (Heiterkeit.) Dasselbe wird Ihnen jetzt passieren, wenn Sie nicht parieren; hier Rhodes, hier Salta — hier ist der Stock, nun springen Sie über. (Große Heiterkeit.) Man braucht damals einen geistigen Reichstag um seine Politik durchzuführen. Was haben Sie nun erreicht mit diesem Gesetz? Sind wir die Besiegten? Nein, nach 11 Jahren des Bestehens des Gesetzes stehen wir als die Sieger da; wir sind stärker, wie je vor dem. Aber haben Sie uns in dieser Zeit einen sozialistischen Krieg nachweisen können? Daß die Urheber des Sozialistengesetzes noch leben, ist der deutlichste Beweis dafür, daß wir eine Partei des organischen Fortschritts sind, denn was die russischen Militärischen können, das können wir auch. Wir haben in unserer Mitte Märtyrer und diese erzeugen Nachfolger. Was haben Sie mit diesem Gesetz aber für Zustände hervorgerufen. Trotz der geistigen Erklärung des Herrn Ministers des Innern von Preußen gegen die agents provocateurs wird er die Vorlage nicht los, so lange das Sozialistengesetz besteht, bleiben ihm die Vorposten an den Reichstagen hängen. Die Vorlage ist die Frucht vom Giftbaum des Sozialistengesetzes. Der deutsche Richter urtheilt allerdings nach seinem Gewissen, aber er unterliegt den Strömungen der Zeit. Wenn man uns, wie behauptet wird, mit dem modernen Recht noch härter bestrafen könnte, warum hält man denn am Sozialistengesetz fest? Weil man die Polizeiwirkung will. Bei den früheren Verurtheilungen war man im guten Glauben, heute hat die Wissenschaft der Sozialdemokratie Recht gegeben. Hier ist ein Tauchstein in schwarz, roth, weiß (der Redner zeigt dasselbe vor), drei Zustände in Sachen haben festgestellt, daß dies eine rote Fahne ist. (Große Heiterkeit.) Ich lege dasselbe auf den Tisch des Hauses nieder. (Heiterkeit.) Sie wollen die Gesellschaft mit Ihrer Gesetzgebung retten; ich habe die Gesellschaft, aber ich halte sie für stärker, als Sie. Sie haben die Krone in den Paradieskämmer geissen und bewiesen, daß Deutschland ein Kaiserthum sei —

Präsident v. Loeckow: Durch die Behauptung, daß das Königthum Partei sei, beschimpfen Sie dasselbe.

Abg. Liebknecht fährt fort: Die Antwort, welche die Arbeitgeber von den Arbeitgebern erhalten haben, gegenüber den Worten des Königs, beweist, daß der Klassenstaat mächtiger ist als der Monarch und wäre der Monarch noch so mächtig. Wir sind nicht Feinde des Staates, wir wollen denselben vielmehr besser einrichten. Die Wissenschaft hat hundert Mal die heutige Gesellschaft anachronistisch genannt; die Zeit wird bald kommen, wo es heißt: entweder Anarchist oder Sozialdemokrat. Wir sind die Sozialdemokraten und Sie stützen den heutigen Staat, auch wenn Sie es nicht wollen. Das Sozialistengesetz hat nichts genutzt, es hat nur unheilbare Zustände hervorgerufen. Wir sind nicht die Besiegten. Stein-Hardenberg haben die Städte-Ordnung in Preußen auf dem Wege der geordneten Revolution ebenfalls eingeführt; Sie haben sich diesen Weg verschlossen. Entschieden Sie sich, wie Sie wollen, dann kommt die Katastrophe; betrachten Sie das Interesse des Vaterlandes und Ihr eigenes Interesse; bedenken Sie, den Staat zerstören ist leichter als ihn aufbauen. (Heiterkeit.) Auf rechts! Sehr wahr! Thun Sie, was Sie nicht lassen können, wir werden unsere Schuldigkeit thun.

Hierauf wird die Fortsetzung der Beratung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Deutschland.

© Berlin, 5. November. Wie wir vor einiger Zeit mittheilten, hat der preussische Finanzminister in Sachen der gemäß § 11, sowie der Anerkennung zu Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes erfolgten Befreiung der Lieferungsverträge vom preussischen Landestempel bestimmt, daß von der Verwaltungsbehörden fortan nach Maßgabe der dieserhalb ergangenen reichsgerichtlichen Entscheidungen verfahren werden. Jüngst hat nun im Einverständnisse mit dem Finanzminister der Staats-Sekretär des Reichspostamts den sämtlichen Oberpostdirektionen eine Verfügung zugehen lassen, welche für die Auslegung des Restripts des Finanzministers von Bedeutung sein dürfte. Danach sind als gewerbliche Betriebsmaterialien im Sinne des § 11 des Reichsstempelgesetzes alle

Gegenstände zu betrachten, welche bei dem Gewerbebetriebe unmittelbar verbraucht werden sollen, mithin nicht bloß im engeren Sinne verbrauchbare Gegenstände, wie z. B. Stöben, sondern auch Betriebsmittel, z. B. Eisenbahnwagen, und Baumaterialien, z. B. Schwellen. Der Post- und Telegraphenbetrieb gilt nicht als Gewerbebetrieb, wohl aber der Betrieb der Reichsbunderei. Ferner wird danach, wenn auch die gesetzlichen Befreiungsgründe sich nur auf verbrauchbare Sachen beziehen, die Vertheilbarkeit doch nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Sachen in einer bestimmt vereinbarten oder durch Zeichnungen oder Muster verbindlichen Beschaffenheit zu liefern sind, oder daß Derjenige, an welchen die Lieferung geschehen soll, sich einen Einfluß auf die Herstellung vorbehalten hat. Es genügt, wenn der Vertrag über solche gleichartige Sachen geschlossen ist, welche nach ihrer natürlichen Beschaffenheit und dem Willen der Kontrahenten als untereinander völlig gleichwerthige und daher insoweit auch als vertheilbare in Betracht kommen, ohne daß auf das einzelne Stück für sich irgend wie Gewicht gelegt wird, wegen es gleichgültig ist, ob die Gattung, welcher die fraglichen Sachen angehören, durch beifügige besondere Merkmale weiter oder enger begrenzt wird, wenn nur diese besonderen Merkmale gleichmäßig bei allen Stücken derselben zutreffen. Der Finanzminister hat danach weiter angeordnet, daß die Befreiung nach der Anerkennung zur Tarifnummer 4 nicht bloß zu erfolgen habe, wenn in der Vertragsurkunde ausdrücklich gesagt ist, daß der Lieferungsübernehmer nur von ihm selbst im Anlande erzeugte oder hergestellte Sachen oder Waaren zu liefern habe, sondern auch wenn diese Voraussetzung als Vertragswille in irgend einer Weise aus der Urkunde zu entnehmen ist. Schließlich hat der Finanzminister noch anerkannt, daß bei stempelfreien Verträgen auch von der Erhebung des allgemeinen Vertragsstempels für die in den Schriftstücken etwa enthaltenen Kompromisse oder ähnlichen Nebenverträge abgesehen ist. Der Staatssekretär des Reichspostamts hat die Oberpostdirektionen angewiesen, hiernach in Zukunft zu verfahren, sowie, wenn künftig Lieferungsverträge geschlossen werden, zu welchen nach den bisherigen Grundrissen ein Versteckstempel zu erheben gewesen wäre, welche indessen nach den oben angeführten Grundrissen zu behandeln sind, dafür zu sorgen, daß die Vertheilungen auf die Stempelfreiheit des zu errichtenden Vertrages aufmerksam gemacht und zu einer entsprechenden niedrigeren Preisstellung bewogen werden.

Daß die Schilderungen des Herrn Singer über die Harmlosigkeit der sozialdemokratischen Versammlungen mit den Thatsachen nicht übereinstimmen, ist zwar fast bekannt; indessen dürfte doch ein Beispiel aus jüngerer Zeit in dieser Richtung hin neues Material liefern. Wie die „Bienthaler Post“ meldet, war am Sonntag eine öffentliche Volks-Versammlung für die Driftschiffen, Bemannung und Umgehung, unter Leitung des Reichsanwalts Stadthagen, Berlin, einberufen worden. Der Geschäftswitz in Ladeburg verweigerte indessen, da ihm auf seine Anfrage, welche Tendenzen die Versammlung verfolgte, keine Antwort wurde, sein Betheil. Ein Redner forderte darauf zu einem Hoch auf die Sozialdemokratie auf, in welches die meist aus halbjudischen Bürgern unter 20 Jahren bestehende Versammlung mit widerlichem Gesohle einfiel, worauf die Auflösung erfolgte. Es wurden dann Versuche gemacht, unter freiem Himmel weiter zu tagen, wobei die beauftragten Beamten Widerstand fanden und offen verweigert wurden. Die Menge zog schließlich unter Gesang, Schimpfen und Toben nach Bernau, wobei es wieder zu denselben Szenen der Verwerflichkeit kam. Bemerkenswerth erscheint, daß der Reichsanwalt Stadthagen dadurch, daß er einen Geindarm, der in Anstellung seiner Pflicht die Versammlung auseinanderbrachte, wiederholt in brüskem Tone nach seinem Namen fragte, sich an der Aufreizung der Menge betheiligte. Ob bei solchen Vorkommnissen Herr Barth seine geistige Anerkennung, daß die Anwesenheit der „Führer“ maßgebend auf die Massen wirkte, und daß deshalb der kleine Belagerungszustand aufzugeben sei, noch aufrecht erhalten kann, erscheint fraglich; freilich hat der Freisinn in dieser Beziehung aus bekannten Gründen eine gebundene Marschroute.

Se. D. der Reichskanzler Fürst Bismarck wird, wie dem „Hamb. Corr.“ aus Friedrichsruh gemeldet wird, in etwa 14 Tagen nach Berlin zurückkehren.

Der Handelsminister hat die theilhaftigen wirtschaftlichen Korporationen nach dem Verichte des kaiserlichen Gesandten zu Peking auf die Anfänge einer chinesischen Baumwollen-Industrie aufmerksam gemacht und denselben eine von der Firma Gipsperich und Birghardt in Shanghai zur Verfügung gestellte Probe der gereinigten Baumwolle und des aus solchem Material gewonnenen Garnes zur Vorlage bei den theilhaftigen Industriellen überwiesen.

Deutschland hat, der „Kreuzzeitung“ zufolge, neben seinem Gesandten, Wirklichen Geheimen Rath v. Abensleben, als Bevollmächtigten, noch zwei Sachverständige zur Brüsseler Antislaverei-Konferenz ernannt. Der General-Konsul Dr. Arendt in Antwerpen, welcher als erster Delegirter genannt ist, kann deshalb für die zu beratende Frage geeignet bezeichnet werden, weil er mehrere Jahre (bis 1887) des Konsulats in Santhar hatte, also mit jenen Gebieten und Zuständen aus eigener Anschauung bekannt ist, auf welche die Konferenz hauptsächlich ihr Augenmerk richtet. Freiherr v. Mengin, welcher zuletzt Legations-Sekretär bei der Gesandtschaft in den La Plata-Staaten und Buenos-Aires war, hat sich einige Zeit in Afrika als Attaché beim General-Konsulat in Kairo aufgehalten.

Ueber den Besuch Sr. Majestät des Kaisers im archäologischen National-Museum in Athen erhält die „Post“ aus der griechischen Hauptstadt noch folgende Mittheilungen:

Am Dienstag traf Kaiser Wilhelm in Begleitung der Kaiserin, des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen und seiner Gemahlin, sowie des Dr. Dörpfeld um 10 Uhr Vormittags im Museum ein, wo der General-Direktor der archäologischen Sammlungen, Professor Kavadias, ihn empfing. Nach einigen allgemeinen Bemerkungen und Erläuterungen des Herrn Kavadias über

die Lage der Alterthümer in Athen betrat der Kaiser den Saal, in welchem die letzten in Eretria ausgegrabenen Steingräber aufgestellt sind. Den Kaiser interessirten besonders die einzelnen Reliefs, welche Szenen des Todes zur Darstellung bringen, und er erlaubte sich nach dem Zeitalter, welchem diese Gräber angehörten. Von da ging man nach dem Saale, der die Lagna-Figuren enthält; der Kaiser wandte seine Aufmerksamkeit hier in erster Linie den Figuren aus der alexandrinischen Periode zu. In der mimischen Sammlung zeigte Herr Kavadias dem Kaiser auch die Imitationen echter Münzen, die hier besonders zum Zwecke des Studiums vereinigt sind. Herr Kavadias erwähnte dabei, daß angeblich leshin auch in Berlin eine gefälschte Münze mit einem Bilde des Charon für das dortige Museum als echt angekauft worden sei. In dem Saal, wo die marmornen Statuen und Reliefs aufbewahrt werden, wohnete der Kaiser jeder einzelnen Gruppe lebhaftes Aufmerksamkeits und bewies durch zahlreiche hingeworfene Bemerkungen, wie sicher er das ganze Gebiet der antiken Kunst beherrscht. Einige Grabstelen entzifferte er mit leichter Mühe. Besonders gefiel ihm ein großes Relief, welches auf einem Grabmal den Abschied einer Frau darstellt. Auf eine Bemerkung des Herrn Kavadias hin, daß dieses Relief bei einem Privatmann beschlagnahmt worden sei, fragte der Kaiser, mit welchem Recht eine solche Beschlagnahme vorgenommen werden könne. Herr Kavadias wies darauf hin, daß nach dem in Griechenland geltenden Gesetz überhaupt kein Privatmann Alterthümer erwerben solle, sondern daß dieselben ausschließlich dem Staate zufallen. Bei verschiedenen Gruppen that der Kaiser durch lebhafteste Ausdrücke seine Verwunderung kund, wie er sich auch sehr befriedigt über das Arrangement der Sammlungen und die Schönheit der vertheilten Gebäude ausdrückte, welche für die Alterthümer reservirt sind. Ganz besonders gefiel dem Kaiser die elektrische Beleuchtung, und er äußerte den Wunsch, auch im Berliner Museum derartige Lichtwirkungen erzielen zu können. Die Kaiserin sprach sich dahin aus, daß, wenn dieses Museum erst fertig wäre, das erste der ganzen Welt sein müsse. Am Schluß dieses Besuchs, der zweieinhalb Stunden in Anspruch genommen hatte, gab der Kaiser seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß auch die Deutschen mit Vorliebe nach Athen gingen, um ihre archäologischen Kenntnisse zu bereichern.

Zur Feier des Geburtsfestes Ihrer Majestät der Kaiserin hatten, wie der „Reichs-Anzeiger“ nachträglich meldet, die Schiffe, welche zur Geleitzung der kaiserlichen Majestät am Allerhöchstdenken nach Athen in den Häfen von Genua und Spezia vereinigt waren, besonderen Schmuck angelegt. Die kaiserliche Yacht „Hohenzollern“, auf welcher Ihre Majestät die Kaiserin sich am 21. in Genua eingeschifft hatte, war mit Girlanden und Tannenzweigen decorirt, welche, in Schlangenlinien um die Masten gewunden, sowie längs der Lattagelände von Mast zu Mast gestreift, der Yacht ein ebenso feierliches wie imposantes Aussehen verliehen. Se. Majestät der Kaiserin hatten die Tannenzweige, da Genua solchen Schmucke entbehrt, aus der Schweiz herbeischaffen lassen. Gleichzeitig war das Deck der „Hohenzollern“ durch die Offiziere des Geschwaders in einen Minnengarten umgewandelt worden, der sich auch auf die inneren Schiffsräume ausdehnte und an blühenden Gewächsen alles das umfaßte, was das warme italienische Klima in dieser Jahreszeit davon aufzuweisen vermag. Auch die Schiffe des Geschwaders, bestehend aus den Panzerkreuzern „Kaiser“, „Deutschland“, „Preußen“ und „Friedrich der Große“, sowie der Kreuzerflotte „Irene“ und dem Aviso „Wacht“, hatten es sich nicht nehmen lassen, auch äußerlich der Feier des Tages durch Laubzweigen Ausdruck zu verleihen. Um 12 Uhr Mittags feierten die Schiffe unter dem Schutze der Topplagen einen Salut von 21 Schuß, der erste, welcher seit dem Besuche der deutschen Marine für eine deutsche Kaiserin an solchem Tage gefeiert worden ist. Die für den Abend in Aussicht genommene elektrische Illumination der Schiffe mußte in Folge ungünstiger Witterung unterbleiben und wurde auf den nächsten Abend verschoben. Die Majestäten befanden sich am jenem Abend (23. Oktober) etwa auf der Höhe der Insel Ighia bei dem prachtvollsten Wetter und in der milden, stillen Luft, welche an guten Tagen der italienischen Küste Ende Oktober noch eigen ist. Auf S. M. S. „Kaiser“, woselbst Se. Majestät sich eingeschifft hatten, prangten in großen Lettern hoch zwischen den Masten die Namenszüge der kaiserlichen Majestäten. Bei einer Höhe der Namenszüge von 5 m und bei der Verwendung von 500 elektrischen Glühlampen warf das Bild nicht allein einen hellen Schein über das Kaiserthum selbst, sondern auch weit über dessen Grenzen hinaus. Dabei erleuchteten gleichzeitig viele Fackelfeuer die Konturen des hohen und mächtigen Schiffes, welches Ihrer Majestät seinen Gruß brachte. Auf „Deutschland“ ragten im Vordertheil des Schiffes die Zeichen von Glorie, Liebe und Hoffnung hoch empor; sie ließen das Schiff selbst im Dunkel und erschienen wie helle Zeichen am Firmament, während auf „Friedrich dem Großen“ ein in der Mitte des Schiffes angebrachtes, verschlungenes A. V., überstrahlt von einer Krone und umgeben von Sternen, hell nach dem Kaiserthum hinüberstrahlte. Von „Preußen“ und „Wacht“ leuchteten die durch zahllose Glühlampen markirten Schiffskonturen wie in der Nacht hinein, und wenn dabei das Panzerkreuzer seine mächtige Gestalt durch die langen Linien mit den hohen Masten und Rufen effektvoll zur Erscheinung brachte, so schienen die von rothen Lichtern unterbrochenen weißen Linien des Avisos mit den Namenszügen der Majestäten wie zauberhaft unmittelbar aus dem glatten Meere dahin zu gleiten. Ein besonders hervorragendes Bild bot die Kreuzer-Flotte „Irene“, auf welcher der Kommandant, Se. königliche Hoheit der Prinz Heinrich, durch eine unendliche Zahl von Glühlampen die langen, schlanken Schiffskonturen mit den beiden Schornsteinen in prächtiger Weise zur Darstellung gebracht hatte. Dabei ließ Se. königliche Hoheit ein glänzendes Feuerwerk abfeuern, das wesentlich dazu beitrug, die nachträgliche Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes glänzend zu gestalten.

Am 30. v. M. war in Kassel der Provinzialauschuß von Hessen-Nassau versammelt. Er sah sich gezwungen, einen neuen Vorsitzenden zu wählen, nachdem, wie die „Kasseler Post“ berichtet, die bisherigen Mitglieder, die der bisherige Vorsitzende des Provinzial-Aussschusses, Herr v. Schubar genant Miltling ist Ober-Borsteher der altbayerischen Ritterchaft, stand seit dem vorigen Jahre an der Spitze des Provinzial-Aussschusses, war Vorsitzender des Provinzial-Landtages und Mitglied der Provinzialraths und wurde 1887 aus besonderem königlichen Vertrauen am Lebenszeit ins Herrenhaus berufen. Er steht bereits im 71. Lebensjahre. Sein Recht auf Sitz und Stimme im Herrenhanse kam Herr v. Schubar von nun an nicht mehr ausüben. In derselben Lage wie v. Schubar befindet sich noch ein zweites Mitglied des Herrenhanse, ein drittes, noch dazu erbliches Mitglied kam nicht an den Sitzungen Theil nehmen, weil über sein Verbleiben der Kontingent verhängt ist, und zwei aus königlichem Vertrauen berufene Herren sind zur Ausübung des Rechtes auf Sitz und Stimme nicht befugt, wie sie ihren Wohnsitz nicht in Preußen haben. Die letzteren sind der frühere Großgrundbesitzer Schwerdtfeger aus dem Holsteinischen, der nach Verkauf seiner Güter seinen Wohnsitz in Hamburg aufgeschlagen hat, und der Senatspräsident Dr. Henrici vom Reichsgerichte, welcher seinen dienstlichen Wohnsitz in Leipzig hat. Als Nachfolger v. Schubar's in seinem Amte als Vorsitzender des Provinzial-Aussschusses ist der Vizepräsident der altbayerischen Ritterchaft, Kammerherr v. d. Malsburg, welcher bis jetzt Vorsitzender des für die kommunalständische Verwaltung des Regierungsbezirks Kassel bestellten Landesaussschusses gewesen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. November. Die Mehrzahl der Landtage soll bis zum 20. November, der böhmisches am 24. November seine Arbeiten beschließen. Der Reichsrath tritt Anfang Dezember zusammen.

Nach einer Meldung slowenischer Blätter wird der Präsident des Grazer Oberlandesgerichts, Waser, welcher wiederholt gegen die slowenischen Heher unter seinen Justizbeamten Stellung genommen hat, demnächst zurücktreten.

Auf dem Gebiete der inneren Politik stehen noch immer die Landtage im Vordergrund des Interesses. Gleichwohl wirft die kommende Tagung des Reichsrathes schon ihre Schatten voraus. Als ein solcher ist die fortwährende Fährung im klerikalen Lager zu erwähnen, wo seit dem Schritte Vichiensteins die gegensätzlichen Meinungen und Bestrebungen laufig aufeinander plagen. Die Einen halten an der Neubildung eines großen deutschkonservativen Zentrumsflusses beharrlich fest und wollen möglichenfalls der Regierung und der Rechte die Zähne weissen, falls sie sich ihren konfessionellen Wünschen gegenüber unentwegt sanftmüthig zeigen, die Anderen scheuen vor einem allzu strengen Aufbaumen des Bogens zurück, in der nicht unbegründeten Erwägung, daß sie durch Trost und Widerhaarigkeit das Rad mit dem Bude ausschütten und mit der Rechten sich selbst umbringen könnten. Augenblicklich scheint die Wagschale der Entscheidung zu Gunsten der letzteren Partei sich zu senken, zumal, wie bereits früher erwähnt, Graf Taaffe bei seiner jüngsten Anwesenheit in Tirol das Gewicht einiger Versprechungen in die Schale geworfen hat. Außer den Tirolern sind nun auch schon die oberösterreichischen und salzburgischen Klerikalen für Rückkehr in den Hafen des Hohenwarteckes entschlossen, aus dem sie unter Führung Vichiensteins im Jahre 1882 mit folgeschweren Segeln hinausgezogen sind. Nur die Steirer wollen sich zur Kunst des Diplomatieens noch nicht recht bequemen; halb und halb jedoch sind auch sie schon zum Uebergange bereit, so daß wir, anstatt vor einem parlamentarischen Neugebilde, vor einer Rückbildung stehen. Den Gewinn aus derselben wird einzig Graf Taaffe ziehen, obwohl auch von diesem Erfolge eine Festigung seines Systems kaum zu erwarten ist. Wenn dasselbe einmal an maßgebender Stelle in seiner ganzen Verwerflichkeit erkannt wird, vor Allen, wenn man dort darüber im Klaren sein wird, was an dessen Stelle zu setzen ist, dann wird der Zusammenbruch der herrschenden Aera unfehlbar erfolgen — mit oder ohne die neunzehn Stimmen des derzeitigen Vichiensteiner flusses, welcher halb reinig zu den Reichstheilen des Grafen Hohenwart zurückkehren wird.

† Pest, 4. November. Die Staniszauer Goldbarwerke wurden von einer Wiener Bank für den Preis von 300,000 Gulden angekauft.

Der Vize-Gouverneur Rautz ist nach Wien abgereist, um der morgen stattfindenden Konferenz der österreichisch-ungarischen Vant, in welcher über eine eventuelle Erhöhung des Zinsfußes beraten werden soll beizuwohnen.

† Graz, 4. November. Wie die „Tagespost“ meldet, wird für Steiermark die Bildung eines Kofien-Karstells geplant.

† Preßburg, 4. November. Das Gesetz des Leichenverbrennungs-Vereins „Flamme“ wegen Errichtung eines Leichen-Krematoriums in Preßburg wurde unter Vorbehalt der Zustimmung der Regierung im Prinzip genehmigt.

Frankreich.

Paris, 2. November. Der „Temps“ vertritt heute den statistischen Nachweis, daß Italien durch den zwischen ihm und Frankreich ausgebrochenen Zollkrieg in seinem Weinhandel, einem der wichtigsten seiner Handelszweige, erheblich geschädigt worden sei. In den ersten acht Monaten des Jahres 1888 führte es in der That 1,481,955 Hektoliter aus, im Jahre 1889 in derselben Frist nur 1,149,310. Diese Ziffern scheinen das Urtheil des „Temps“ auf den ersten Blick hin zu bestätigen, aber sie scheinen es doch nur, was man sofort erkennt, wenn man die einzelnen Posten betrachtet. Im Jahre 1888 bezog allein Frankreich 794,596 Hektoliter, im folgenden Jahr nur 682,296. Schon hieraus ergibt man, daß Italien bereits neue Absatzgebiete gefunden hat, da die Differenz der Gesamtumsätze in den beiden Jahren nicht so groß ist, wie die zwischen der Ausfuhr nach Frankreich in denselben beiden Jahren. In der That bezog Deutschland im Jahre 1888 nur 51,805 Hektoliter, im Jahre 1889 dagegen 114,434, ferner Nordamerika hat 32,312 Hektoliter — 157,115, Südamerika

